

Beilage zu Nummer 178 der Volksstimme.

Montag den 2. August 1915.

Wiesbadener Angelegenheiten.

Wiesbaden, 2. August 1915.

Lebensmittelversorgung und Lebensmittelwucher.

Im überfüllten Saale des Gewerkschaftshauses fand am Samstagabend eine vom Gewerkschaftskartell einberufene Versammlung statt, die sich mit vorstehendem Thema befaßte und zu der als Referenten die Genossen Reichstagsabg. Gützmann (Frankfurt) und Geschäftsführer Bauer vom Konsumverein Wiesbaden gewonnen waren. Besonders zahlreich waren die Frauen vertreten, aber auch das bürgerliche Publikum war der Einladung in großer Zahl gefolgt.

Genosse Gützmann führte einleitend aus, daß sich jetzt der Weltkrieg jährt und daß in dem einen Jahre mancherlei Erfahrungen gesammelt wurden. Erfahrungen aus politischem, wirtschaftlichem und sozialem Gebiet, z. T. recht betrüblicher Art. Infolge der Entwicklung Deutschlands zum Industriestaat kam es dazu, daß die Ernährung der Bevölkerung im eigenen Lande immer abhängiger wurde von der Zufuhr aus dem Auslande. Ungemein stark sind wir mit der Volkswirtschaft verknüpft, und zweifellos sind die weltwirtschaftlichen Gegensätze die eigentlichen tieferen Ursachen des Weltkrieges. Eines der wichtigsten Probleme ist die Ernährungsfrage während des Krieges. Schon am 14. August 1914 haben die Vorstände der Partei und der Gewerkschaften von der Regierung umfangreiche Maßnahmen wegen der Volksernährung verlangt. Durch den Uebertritt Italiens zu unseren Gegnern ist der Ring geschlossen; keine Zufuhr von außen ist mehr möglich, und es kann nur noch mit dem gerechnet werden, was im Lande wächst und vorhanden ist. Die hierdurch notwendige Einschränkung in der Ernährung geschieht nicht in unserem Sinne. Großzügig hätte die Versorgung durchgeführt werden müssen, wie mit dem Brot hätte es mit allen Lebensmitteln gemacht werden müssen. Bei dem jetzigen Zustand bleibt der Stachel zurück, daß der Reiche sich gut ernährt, während die schwer arbeitende Bevölkerung an Unterernährung leidet. Unserer Anregung vom 14. August ist man erst im Januar näher getreten, und jetzt erst kommt man dazu, die Brotquotationen für die arbeitende, minderbemittelte Bevölkerung um ein Geringes zu erhöhen. Im eigenen Lande sind unsere größten Feinde; die Wucherer mit Lebensmitteln. Was wir während der Kriegszeit auch sonst an Wucher erlebt haben, geht weit über alles, was früher jemals vorgekommen ist. Da, wo die Produktionskosten gestiegen sind, man ein höhergeben der Preise gerechtfertigt erscheinen. In allen anderen Fällen aber muß es heißen, bis hierher und nicht weiter. Den Wucherern, den Feinden im eigenen Lande, muß unbedingt das Handwerk gelegt werden. So hat es zweifellos die drohende Embargo der Bevölkerung vermocht, daß die von interessierter Seite geforderte weitere Erhöhung der Getreide- und Mehlpreise nicht stattgefunden hat. Die Wucherer liegen jedoch auf der Lauer um bei passender Gelegenheit wiederzukommen. Salvo berechnet, daß die Preiserhöhung bis jetzt etwa 50 Prozent beträgt, und daß bei Zugrundelegung des Rohpreises der Mehlsack für eine Familie heute wöchentlich 38 Mark für Lebensmittel notwendig wären. Soviel Geld hat kein Arbeiter und erst recht keine Arbeiterin. In den Landkreisen, besonders da, wo der Landrat herrscht, sieht es mit der Kriegsfürsorge noch sehr, sehr schlecht aus, denn oft wird nur gerade die staatliche Unterstützung ausreicht. Es muß auch gesagt werden, daß das Generalkommando in Frankfurt oft für die Räte des Volkes ein besseres Verständnis beweist, wie manche Zivilbehörde. Bei den Vorratseinstellungen ging es nicht einwandfrei zu; was wir im Kartoffelfriede erlebt haben, bleibt eines der düstersten Blätter in der Geschichte. Von manchen Lebensmitteln sind große Vorräte vorhanden und lediglich aus Mangel an Organisation kommt es zu Preissteigerungen. Die neue Ernte wird nur mittelmäßig ausfallen, aber wenn die Regierung nur fest zupackt mit der Beschlagnahme, und wenn sie Hand in Hand arbeitet mit den erfahrenen Organisationen auf dem Gebiete der Lebensmittelversorgung, dann reicht es besser, wie im vergangenen Jahre. Bei allem, was geschieht, darf nur das Interesse der Allgemeinheit ausschlaggebend sein, und nicht die Rücksicht auf die Händler und Vergleichen. Manchmal scheint es bei den städtischen Behörden an gutem Willen zu fehlen. Das haben wir in Frankfurt a. M. erlebt, und das sehen wir in Kassel, wo die angekaufte Dauerware nach einer Zeitungsnotiz nicht für die Bevölkerung verwendet, sondern mit Gewinn an auswärtige Händler verkauft wurde. Vieles ist schon versucht worden, aber manches kann noch nachgeholt werden, wenn bei den maßgebenden Behörden der Gedanke lebendig wird, wie die Sache zu organisieren ist. Die Lebensmittel sollten entsprechend der Zahlungsfähigkeit der Bevölkerung berechnet und verteilt werden; wenn die reichen Leute dabei etwas von ihren Vorräten hergeben müssen, schadet das gar nichts. Steuern wir dem Wucher, sozialisieren wir im Lande, wenn es nicht anders geht. Mit der Lebensmittelversorgung bekämpfen wir den inneren Feind und die schon vorhandene Unterernährung. Der Redner erntete für seine Ausführungen vielfache Zustimmung und lebhaften Beifall.

Genosse Bauer behandelte sodann die Frage als Praktiker und Genossenschaftler. Die Menschheitsgeschichte, so sagte er, lehrt, daß in allen bewegten und großen Zeiten im einzelnen Menschen und in der Gesamtheit gegensätzliche Instinkte zum Durchbruch gelangen. Auf der einen Seite leben wir Heldentum und Opferfreudigkeit, auf der anderen Götter und Rücksichtslosigkeit. Eine geradezu unerklärliche Angst und Sorge um vorwiegend materielle Dinge tritt in Erscheinung, die Parteien werden geführt, jeder denkt nur an sich, und manche gutgefügte Organisation kam durch die Koyfloskheit der Menge ins Wanken. Heute, die Geld genug hatten, kauften weit über Bedarf auf Vorrat, und die Minderbemittelten mußten darüber oder doppelte Preise zahlen, weil anfangs des Krieges infolge der Transportverhältnisse die Zufuhr neuer Lebensmittel zeitweilig unterbrochen war. Die Konsumgenossenschaftlichen Organisationen haben in dieser Zeit der Erregung vielfach Halt geboten, konnten aber doch nicht verhindern, daß am Volkskörper sich ein giftiges Unkraut zeigte: der Wucher.

Fest mit allen Lebensmitteln wurde voriges Jahr gemüht. Nicht nur die Großhändler, sondern auch die kleinen

Krämer haben stets nur ihre Interessen in den Vordergrund gestellt. Anders die Konsumvereine, die nach Möglichkeit preisregulierend eingriffen, was auch behördlich anerkannt wurde. Wenn es trotzdem noch zu vielfachen Uebervorteilungen kam, so sind zum großen Teil hieran schuld alle diejenigen, die der Konsumgenossenschaftlichen Bewegung noch gleichgültig und fremd gegenüberstanden. Hier hat der Krieg belehrend gewirkt, und er trägt hoffentlich dazu bei, daß die Konsumgenossenschaftliche Bewegung erkannt, und immer mehr auch die Herstellung der Lebensmittel selbst in die Hand nimmt, dann hört der Wucher von selbst auf. Heute bleibt nichts vom Wucher verstanden, selbst die Erbsen, die ein armes Kind im Walde pflückt und aus Not dem Händler für ein Spottgeld verkauft, kommt erst auf den Tisch des reichen Mannes, nachdem der Händler daran unverhältnismäßig viel verdient hat. Trotz der Brotkarte und der Beschlagnahme des Mehles lehrt uns ein Blick in die Presse, daß „ausländisches“ unbeschlagnahmtes Mehl zu Wucherpreisen — 60 Pfennig das Pfund — angeboten und wohl auch gekauft wird. In dem einen Bäckladen finden wir schönes weißes Brot und im anderen eine Barte, die kaum zu genießen ist. Wir erkennen daran, daß bei der Bestandsaufnahme die Maßnahmen vielfach falsch angegeben wurden. Es liegt im Interesse der ganzen Bevölkerung, daß die diesjährigen Bestände richtig angegeben und bald beschlagnahmt werden. Jüder haben wir in Säcke und Fülle, keine Ausfuhr darin und trotzdem höhere Preise wie früher. Trotz Widerspruch des Kriegsausschusses für Konsumenteninteressen hat die Regierung die Zuckerpreise erhöht, weil die Zuckerproduzenten dies verlangten mit der Begründung, wenn alles teurer sei, müsse auch der Zucker aufschlagen. Diefelbe Regierung hat aber keine Höchstpreise für den Kleinhandel vorgeschrieben, und so konnten denn die Krämer für das Pfund, das ihnen 2 1/2 Pfennig kostete, 34 und 36 Pfennig (kurz: 40 Pfennig) ungehindert fordern. Während angeblich die Zuckerfabriken keinen Zucker abgeben konnten, wurde er im Großhandel massenhaft, allerdings zu Wucherpreisen, angeboten. Was nützen aber die festgesetzten Höchstpreise, wenn es vorkommt, daß die Militärbehörde den Höchstpreis von 5 Mark für Kartoffeln um 2 Mark selbst überbietet? Der Verdienst der Mühlen ist auch heute noch viel zu groß; das Brot könnte aber schon jetzt billiger sein, das beweist der Konsumverein, der 62 Pfennig für den Laib nimmt, während die Bäder auf dem alten Preise stehen bleiben. Auf dem Lebensmittelmarkt sieht es recht bedenklich aus. Oel, Fett, Reis, Vinsen usw. sind in absehbarer Zeit kaum noch zu haben. Petroleum wird im Winter nicht da sein, weil die Produktion in Galizien nur den halben Bedarf Oesterreichs decken kann und daher für Deutschland kaum was übrig bleibt. Wer irgend kann, bezieht sich eine andere Beleuchtungsart; auch Kohlen werden rar und teuer. Die städtische Douanewache und das Gefrierfleisch sind einwandfrei und gut. Die Stadt verkauft auf eigene Rechnung, weil die Metzger allerhand Schwierigkeiten machten. Um die Stadt aber zu weiteren derartigen Maßnahmen zu veranlassen, sollte jeder das Gefrierfleisch kaufen, der dazu in der Lage ist. Durch den städtischen Verkauf sind schon jetzt die Preise der Metzger heruntergegangen. Vielleicht kommt die Stadt noch dazu und eröffnet einen Laden, wo nur an Minderbemittelte- und zu billigeren Preisen abgegeben wird.

Auch Obst und Gemüse wird demnächst von der Stadt auf dem Markt verkauft werden. Genosse will die Stadt in eigenen Läden Kartoffeln und Kolonialwaren verkaufen und auch die Lieferung von Kohlen übernehmen. Am Montag beginnt bereits der städtische Zuckerverkauf zum Preise von 26 Pfennig pro Pfund. Alle diese Maßnahmen verdienen eifrige Unterstützung durch die Bevölkerung. Für die Regierung wäre es leicht gewesen, die hohen Preise zu verhindern, wenn sie unserem Räte gefolgt wäre, und alle Lebensmittel beschlagnahmt hätte. Vielleicht kommt sie jetzt endlich dazu. Die Veranlassung aber kann auch ihr Teil dazu beitragen, den weiteren Wucher zu verhindern, wenn sie meine Mahnung beherzigt, die dahin lautet: Gehen in den Konsumverein! Nach der gleichfalls mit großem Beifall aufgenommenen Rede des Genossen Bauer gelangte folgende Resolution einstimmig zur Annahme:

Die am 31. Juli im Gewerkschaftshaus in Wiesbaden abgehaltene öffentliche Protestversammlung, die sich mit der Lebensmittelversorgung und dem Lebensmittelwucher befaßte, erklärt sich mit den Ausführungen der Referenten einverstanden. Die Versammlung erwartet, daß alle maßgebenden Stellen in Reich, Staat und Gemeinde der Lebensmittelversorgung entschieden entgegenwirken. Ganz besonders erwarten die Versammelten vom Reichstag, daß er in seiner nächsten Sitzung ernste Schritte unternimmt, um den Wucher mit Lebensmitteln aller Art zu beseitigen. Gleichzeitig werden die Gemeinden dringend ersucht, die Lebensmittelverteilung in Verbindung mit Konsumentenorganisationen an den Preisen an die Bevölkerung zu vermitteln, die den Einkommensverhältnissen der arbeitenden Volksklassen und der Familien der Kriegsteilnehmer entspricht.

Die Stadt verkauft Zucker.

Von heute, Montag, ab verkauft die Stadt in dem Laden Marktstraße 17 Kristall-Grießzucker. Der Verkauf beginnt morgens um 8 Uhr und dauert bis abends 8 Uhr. Von 1 bis 3 Uhr ist der Laden geschlossen. Es werden beliebige Quantitäten abgegeben; die einzige Bedingung, die die Stadt an die Käufer stellt, ist die, daß sie die Vorzeigung der Protasweisarte verlangt. Der Preis des Zuckers beträgt 26 Pfennig das Pfund, ist also 3 bis 4 Pfennig niedriger als sonst.

Kriegsbeschädigtenfürsorge und Unternehmertum.

Wie sich die Vereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände die Mitarbeit des Unternehmertums an der Kriegsbeschädigtenfürsorge denkt, lehrt folgende von ihr verbreitete Rundgebung:

Die Frage der Unterbringung der Kriegsbeschädigten in ihren alten Berufen oder in neuen Stellungen, zu deren Ausfüllung sie mit Rücksicht auf ihre erlittene Beschädigung besser befähigt sind, beschäftigt zur Zeit lebhaft die Behörden, Arbeitgeber, Arbeitnehmer und andere hierfür interessierte Kreise. Eine große Rolle spielt bei diesen Überlegungen die Entlohnung der Kriegsbeschädigten. Es ist durchaus folgerichtig und gerecht, dabei nach demselben Grundsatz zu verfahren, der für die Entlohnung von Arbeitern mit Vollbesitz ihrer körperlichen Kräfte und Gliedmaßen maßgebend ist, und demgemäß die Kriegsbeschädigten entsprechend ihren Lei-

stungen zu entlohnen. Es wird nun von mancher Seite die Forderung erhoben, daß die Kriegsbeschädigten in denjenigen Industrien, in welchen Tarifabkommen zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern bestehen, nach diesen Tariffähigen entlohnt werden sollten. Hiermit würde der gesunde Grundsatz, die Kriegsbeschädigten nach ihren Leistungen zu bezahlen, durchbrochen werden, denn die Tarifabkommen beziehen sich naturgemäß nur auf die Entlohnung vollwertiger Arbeitskräfte. Es liegt jedoch kein Anlaß vor, die Kriegsbeschädigten, die zunächst in den Genuss der ihnen zugehörenden Renten eintreten, teils höher zu entlohnen, als die vollwertigen unbeschädigten Arbeiter. Dieses würde aber der Fall sein, wenn die Kriegsbeschädigten nach Tariffähigen entlohnt würden, obwohl sie mit Rücksicht auf ihren körperlichen Zustand in den meisten Fällen nicht daselbst wie die unbeschädigten Arbeiter leisten können. Es ist auch zu berücksichtigen, daß durch die Forderung der Entlohnung der Kriegsbeschädigten nach Tariffähigen den Arbeitgebern die Frage aufgedrängt wird, ob es für sie unter solchen Umständen nicht wirtschaftlicher ist, auf die Beschäftigung von Kriegsbeschädigten überhaupt zu verzichten und nur vollwertige Arbeiter einzustellen. Es liegt daher im Interesse der Kriegsbeschädigten selbst, wenn sie die Entlohnung nach Leistungen als richtig anerkennen, zumal dieser Grundsatz nicht ausschließt, daß Kriegsbeschädigte Arbeiter daselbst verdienen wie unbeschädigte.

Aus diesem Schriftsatz ist trotz allen wohlwollenden Bedenkenarten und verdrängenden Forderungen zu erkennen, daß eine Kriegsbeschädigten-Fürsorge nach dem Geiz der Vereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände nichts anderes als eine Fürsorge für solche Unternehmer sein würde, die mit Hilfe der Kriegsbeschädigten die Lohnverhältnisse der Arbeiterschaft herabdrücken möchten.

Das geht nicht aus dem Statut der Vereinigung gegen die Entlohnung der Kriegsbeschädigten nach tariflichen Sätzen, sondern auch aus der Wendung hervor, daß für die Unternehmer kein Anlaß vorliege, die Kriegsbeschädigten, die zunächst in den Genuss der ihnen zustehenden Rente eintreten, relativ höher zu entlohnen, als die vollwertigen, unbeschädigten Arbeiter. Diese Wendung verleiht die Absicht, die Rente allgemein vom Lohn abzurechnen, wogegen sich die Arbeiterschaft durch ihre Organisationen im Interesse der Kriegsbeschädigten mit aller Entschiedenheit wenden wird.

Die unternehmerliche Kriegsbeschädigtenfürsorge wird aber besonders gekennzeichnet durch den Satz der Rundgebung, daß durch die Forderung der Entlohnung der Kriegsbeschädigten nach Tariffähigen den Arbeitgebern die Frage aufgedrängt wird, ob es für sie unter solchen Umständen nicht wirtschaftlicher ist, auf die Beschäftigung der Kriegsbeschädigten überhaupt zu verzichten und nur vollwertige Arbeiter einzustellen. Die ganze Kriegsbeschädigtenfürsorge erscheint also der Vereinigung gewiss, sofern die Unternehmer den Kriegsbeschädigten tarifmäßige Löhne bezahlen sollten, die jede Ausnutzung der Kriegsbeschädigten zur Lohnbrüderlei vereiteln! Das sagt jedenfalls genug.

Die Gewerkschaften werden sofort darüber zu wachen haben, daß die Ausnutzung der Kriegsbeschädigtenfürsorge im Unternehmertum nicht unterbunden wird.

Die Beteiligung an dem Ferienpaziergang am letzten Samstag war so stark wie nie zuvor. Etwa 3800 Kinder in Begleitung unzähliger Erwachsener nahmen daran teil. Als ein Mißstand wurde es dabei empfunden, daß die Erwachsenen es sich nicht nehmen ließen, mit in den Reihen zu marschieren, wodurch die Aufrechterhaltung der Ordnung ganz erheblich erschwert wurde. Die Musik blieb bis zum Abmarsch am Platz und begleitete auch die Kinder auf dem Rückmarsch.

Fahrplanänderung. Vom 15. August ab trifft der Fernzug Nr. 1182 von Wiesbaden statt seiner um 9 Uhr 20 Min. abends um 9 Uhr 10 Min. in Wiesbaden ein, weil er 10 Minuten früher in Ridesheim abgefahren wird. Die Weiterfahrt nach Frankfurt erfolgt um 9 Uhr 21 Min. (bisher 9.31 Uhr), wo er um 10 Uhr 34 Min. (bisher 10.44 Uhr) eintrifft. Die fahrplanmäßigen Anschlüsse von Kreuznach und Bingerbrunn werden durch den Früherabgang des Zuges in Ridesheim nicht beeinträchtigt.

Mit Ross und Wagen durchgebrannt. Dem Fuhrknecht Ludwig Jung, der bei einem heftigen Droschkenheiser Stellung angenommen hatte, wurde dieser Tage eine Droschke ampertrant mit der Weisung, sie auf die Waage zu fahren und das Gewicht feststellen zu lassen. Er machte sich jedoch mit Pferd und Wagen aus dem Staub, und erst den energischen Bemühungen der Kriminalpolizei, welche gleich den Telegraphen nach allen Windrichtungen spielen ließ, gelang es, das Gefährt in Radesheim zu ermitteln, wo Jung es mitgeheißelt hatte, um sich selbst davonzumachen.

Städtische Volkshäuser. Die Frauenabteilung des Volkshauses an der Rheinstrasse bleibt vom 2. August d. J. ab auf circa 8 Tage wegen Vornahme häuslicher Arbeiten geschlossen. Die Männerabteilung bleibt geöffnet.

Feuerbestattet wurden im Monat Juli aus Wiesbaden im ganzen 20 Personen, 12 davon im hiesigen und 8 im Mainzer Krematorium. Es sei bei dieser Gelegenheit nochmals auf die unangenehmen Scherereien hingewiesen und die nicht unerheblichen Nebenkosten, die diejenigen ihren Hinterbliebenen machen, die es unterlassen haben, die für Beerdigungen vorgeschriebene letzte Willenserklärung für die Kremation anzufertigen, so daß die Verbrennung in einem öffentlichen Krematorium nicht erfolgen kann. Die Protokollierung der Erklärung ist kostenlos. Im Zimmer 30 des Rathhauses wird dieselbe innerhalb der Bürozeiten, in besonderen Fällen auch in der Wohnung des Beteiligten aufgenommen.

Aus den umliegenden Kreisen.

Zur Beachtung für die Gemeinden des Kreises Höchst a. M.

Dem am 2. Juli d. J. stattgefundenen Kreistage war durch das Gewerkschaftskartell Höchst a. M. und Umgebung eine Eingabe unterbreitet worden, die die Bitte enthielt, in Anbetracht der großen Teuerung und anderer Umstände eine Erhöhung der Kreiszuschüsse vorzunehmen. Ueber den Verlauf der Kreistagsitzung wurden die Leser der „Volksstimme“ unterrichtet. Dem Ausfertiger der Eingabe ist nun am 27. Juli folgendes Antwortschreiben vom Landratsamt übermittle worden:

Der Vorsitzende des Kreisausschusses des Kreises Höchst a. M., Tagebuch A Nr. 7670, Höchst a. M., den 14. Juli 1915, Auf die Eingabe vom 28. Juni d. J. Die an den Kreistag gerichtete Eingabe ist dem Kreisausschuß zur weiteren Veranlassung überwiesen worden. Der Kreisausschuß hat sich in seiner letzten Sitzung eingehend mit der

Sache befaßt. Er erkannte an, daß durch die seit Kriegsbeginn eingetretene furchtbare Erhöhung aller Nahrungsmittel die Kosten des Lebensunterhalts eine erhebliche Steigerung erfahren hätten.

Wenn er trotzdem von der Durchführung einer allgemeinen Erhöhung des Tarifs für die Kreiszuschüsse absieht, so geschieht dies hauptsächlich deshalb, weil die finanzielle Belastung des Kreises bislang bereits einen Umfang erreicht hat, der eine prozentuale Stärkung für die Zukunft nicht gestattet. Der Kreisrat hat indessen für besondere Notfälle die Bewilligung außerordentlicher, über die Tariffähigkeit hinausgehender Zuschüsse in Aussicht genommen.

Ich habe außerdem die Gemeindevorstände von Kommunalzuschüssen wegen Erhält, sich mehr als bisher in angemessener Weise durch Zuschüsse in Geld oder Naturalien an der Kriegsfürsorge zu beteiligen und hoffe von der Einsicht der Gemeindevorstände, daß sie der Sache ein warmes und wohlwollendes Interesse entgegenbringen, um mit dazu beizutragen, daß die Familien der im Felde stehenden und für unser Vaterland kämpfenden Männer ausreichende Bezüge erhalten.

Als Anhalt für den Gemeinden das Vorgehen der Höchster Kriegsfürsorge empfohlen, welche kürzlich monatliche Zulagen von 8.— Mark für die Frau und je 1.50 Mark für jedes Kind befohlen hat.

gez. Klausner, Landrat.
Beglaubigt vom Kreisamtssekretär.

Mit Recht wurden in dem damaligen Berichte der „Volksstimme“ die Worte des Herrn Bürgermeisters von Höchst a. M. hervorgehoben, „daß in Höchst von darbenenden Kriegerfamilien keine Rede sein könne“. Trotz der besonderen, anerkennenswerten Tätigkeit der örtlichen Höchster Kriegsfürsorge mußten diese (gewiß im redlichen Eifer gesprochenen) Worte starkes Aufsehen erregen, indem sie mit den tatsächlichen Verhältnissen im Widerspruch standen. Um so erfreulicher ist darum der in dem landrätlichen Schreiben bekanntgegebene, jüngste Beschluß der Höchster Kriegsfürsorge, besondere monatliche Zuschüsse von 3 Mark für die Frauen und 1.50 Mark für jedes Kind zu geben.

Den übrigen Gemeinden des Kreises, in denen überwiegend außer dem Kreiszuschuß nichts gegeben wird, ist die Empfehlung des Herrn Landrats, dem Höchster Beispiel zu folgen, nicht dringlich genug an das Herz zu legen. Von unseren Genossen und den in Betracht kommenden Kriegerfrauen erwarten wir, daß sie allerorts die Gemeindefürsorge zur Nachahmung des Höchster Beispiels drängen.

„Es wächst hienieden Brot genug . . .“

Im „Beckler Amtsblick“ erschien am Samstag folgendes Inserat:

Ich habe abzugeben von Dienstag, 3. August, ab
Brotmarken- und Beschlagnahmefreies 50proz. Weizenmehl
bei Abnahme von 10 Pfund à 60 Pfennig,
- - - - - 25 - - - - - 55
- - - - - 50 - - - - - 50
- - - - - 100 - - - - - 45
50-70proz. do. 100 - - - - - 45
Derner Weizenmehl bei 5 Pfund à 70 Pfennig.
Heinrich Amend, Bohnmühle, Beckler.

Vor dem Krieg kaufte man in Beckler gutes Weizenmehl für 26 Pfg. pro Pfund, allerdings nur gegen Brotmarken, und nun kommt der menschenfreundliche Herr Amend, in dessen Mühle die Deutsche Kriegsgeldgesellschaft mahlen läßt, und die militärisch bedacht ist, und fordert 60 Pfg. pro Pfund, allerdings bei 10 Pfund Abnahme. Auch Weizenmehl, der bisher nur in beschränktem Quantum für Kranke und Kinder zu haben war, bietet Herr Amend jetzt für die Kleinfamilie von 70 Pfg. pro Pfund.

Das ist unerhört! Hier wird wiederum für eine ganz kleine Gruppe Besessener gesorgt, denn ein Arbeiter oder ein kleiner Geschäftsmann kann heute doch nicht 60 Pfg. für das Pfund Weizenmehl hinlegen. Was nun kommt, das erst bei Abnahme von mehr wie 10 Pfund der Preis sinkt. Solche Mengen können eben nur die Besessenen einkaufen, solche Leute, die trotz Krieg ihre Reichtümer und Güter im Trocknen halten und weit ab vom Schuß sind. Wo bleibt hier der „Kriegssozialismus“, von dem hinüberbrannte Köpfe nun schon seit Monaten träumen und phantastieren? Brotmarken- und beschlagnahmefreies 50prozentiges Weizenmehl für den obigen Inhaber an. Wie kommt das? Der Landwirt wird der Galm auf dem Felde beschlagnahmt und hier werden große Mengen Weizen zu Bucherpreisen auf den Markt geworfen und die Regierung sieht dem schamlosen Treiben ruhig zu. Ist es ein Wunder, wenn in den Kreisen der Minderbemittelten und der Landwirte das ganze als Schwindel größtes Stills bezeichnet wird? An das Märchen vom „ausländischen“ Getreide glaubt ernstlich kein Mensch. Und mit Recht! Denn wenn es den Großhändlern und Bucherern gelingt, aus dem Auslande Weizen und andere Lebensmittel zu erhalten, warum sollte das der mächtigen deutschen Reichsregierung unmöglich sein? Man komme nicht mit der Ausrede, die Großhändler müßten dem Auslande hohe Einkaufspreise zahlen. Gerade deshalb müßte die Regierung zugreifen und einkaufen, was an Lebensmitteln zu kaufen ist, um dadurch zu verhindern, daß die Lebensmittelpreise durch das Zwischenhändlerum nochmals künstlich in die Höhe geschraubt werden. Und wenn die Regierungsbehörden dann zum Einkaufspreis und vielleicht noch darunter die Waren der gesamten Bevölkerung zur Verfügung stellen würden, so könnte man das vielleicht als einsichtsvolle Regierungsmäßnahme im Interesse der Erhaltung des Volkes, nach lange nicht als „Kriegssozialismus“ preisen. Aber an einem solchen Vorgehen haben die Regierungsstellen scheinbar kein Interesse. Der „gute“ Verdienst wird in patriotischer Würde den Bucherinteressen und Volksausbeutern überlassen und es ist wohl schon so, wie der Volksmund sagt: „Wenn wirklich der Weizen im Auslande gekauft wird, so geschieht das mit Wissen und vielleicht mit Hilfe der Regierung, ohne daß Vorbeugungsmaßnahmen getroffen werden, den Händlern und Agenten das schmutzige Bucherhandwerk zu ersparen.“ Was ist, wenn dem so ist, hier zu tun?

Vom Helberg, 1. August. (Erdbeben.) Die Erdbebenwarte des Tannus-Observatoriums meldet, daß am 31. Juli früh von 2.42 Uhr ab die Instrumente ein sehr hartes Beben registrierten. In der etwa 8000 Kilometer entfernten Herdstelle dürfte das Beben verheerend gewesen sein.

Reins, 2. Aug. (Feuerungszulagen für die Eisenbahnarbeiter.) Nach einer bahnamtlichen Bestimmung soll für die Eisenbahnarbeiter des Direktionsbezirks Reins infolge der fortwährend steigenden Lebensmittelpreise eine Zulage vorzugesetzt sein, die sich kurzzeitig in der Ausarbeitung befindet.

Vom Untermain, 1. August. (Kohle.) Junge Burschen aus Königshausen, geschickten durch Steinwürfe mehr als 80 Molotoren der Fernsprechanleitung von Rüsselheim nach Königshausen.

Vom Mittelrhein, 1. Aug. (Der Wasserstand des Rheins) steigt wieder, wenn auch noch nicht stark. Dagegen ist der Oberrhein ganz erheblich gestiegen und bald wird sich der Zuwachs auch in größerem Maße am Mittelrhein bemerkbar machen. Auch der Main ist im Steigen.

Gießen, 1. August. (Tödlicher Unfall.) Beim Ueberfahren der Gleise wurde auf dem Hauptbahnhof der 54-jährige Bahnarbeiter Johannes Müller aus Groß-Linden von einer Maschine überfahren und auf der Stelle getötet.

Marburg, 1. August. (Auf zur Jagd!) Um dem Ueberhandnehmen des unsere Fluren schädigenden Ungeziefers entgegenzutreten, hat der Magistrat für die Vertilgung der Schädlinge Prebution festgesetzt. So wird für 100 Stück Hühnerweizlinge 10 Pfennig, für eine tote Mähmaus 5 Pfennig, für einen Rattenschwanz 5 Pfennig bezahlt. Die Ablieferung der Beute findet Montags und Donnerstags im Säilingsgebäude statt.

Hannau, 2. Aug. (Der Verkauf von städtischen Kartoffeln) findet morgen, Dienstag, im alten Leihhausgebäude von 8-12 Uhr vormittags statt. Die Stadt hat von heute an den Kartoffelpreis von 9 auf 8 Pfg. reduziert. Der Kartoffelverkauf findet ferner jeden Dienstag und Samstag statt.

Hannau, 31. Juli. (Verkauf von Schmalz.) Am Montag und Freitag jeder Woche, vormittags von 9-12 Uhr wird, solange der Vorrat reicht, in der alten Leihhaus, Eingang Rönnerstraße 7, Schmalz zum Preis von 95 Pfennig für das Pfund verkauft. Die Abgabe erfolgt nur gegen Vorzeigung der Brotmarken in Mengen von 1 Pfund. Wir empfehlen dringend, daß die Arbeiterfrauen einen Versuch mit dem Fett machen. Es wird uns versichert, daß das Fett sehr gut ist.

Hannau, 31. Juli. (Kartoffelverkauf.) Die Stadt hat ein gutes Wert getan dadurch, daß sie Preiskartoffeln zum Verkauf gestellt hat, zuerst für 10 Pfennig das Pfund und dann für 9 Pfennig. Dadurch hat sie die Händler gezwungen, die Kartoffeln ebenfalls zu diesem Preise abzugeben. In einigen Fällen jedoch sollen Frauen lieber 10 Pfennig dem Händler bezahlt haben, als daß sie die Kartoffeln von der Stadt für 9 Pfennig kauften; denn die Frauen fürchteten, daß die Kartoffeln von der Stadt schlecht seien. Das ist aber nicht richtig. Die Kartoffeln, die die Stadt verkauft, sind von den hiesigen Landwirten geliefert und sehr gut.

Neues aus aller Welt.

Ein Steuerdrücker. Vor der Strafkammer des Landgerichts Frankfurt (Hof) hatte sich vorige Woche der Fabrikdirektor und königlich bayerische Kommerzienrat Jean Ganh aus Frankfurt wegen sehr umfangreicher Betrugsvergehen unterziehen zu verurteilen. Dem Angeklagten wurde, nach dem „V. L.“, zur Last gelegt, trotz Kenntnis der Unrichtigkeit seiner Aufstellungen in seiner Vermögenserklärung sein Vermögen auf 787 265 Mark beziffert zu haben, während sein mehrheitlich pflichtiges Vermögen 1 819 464 Mark betrug, so daß sich der Mehrbetrag nach den Angaben des Angeklagten 1 032 199 Mark, in Wirklichkeit aber auf 1 032 199 Mark stellt. Das Urteil lautete auf Zahlung einer Geldstrafe von 255 000 Mark. Das Gericht erkannte damit auf die Höchststrafe, die den zwanzigfachen Betrag der gefährdeten Summe vorseht.

Telegramme.

Warschau Schicksal.

Krakau, 1. Aug. (D. D. R.) Der Generalgouverneur von Warschau ist bereits nach Siedlitz übersiedelt. Von den Zivilorganen bleiben nur die Feuerwehr und die Polizei zurück. In der Stadt hört man den Geschützdonner von Weiden, Süden und Norden. Unmassen von Verwundeten werden durch die Stadt transportiert.

Eröffnung der Duma.

Petersburg, 2. Aug. (B. B. Nichtamtlich.) Gestern nachmittag um 1 Uhr wurde die Duma gemäß dem Ulas des Jaren unter dem Vorsitz Rodziankos in Gegenwart aller Minister und des diplomatischen Korps eröffnet. Die Tribünen für die Zuhörer und die Presse waren überfüllt.

Der Präsident sagte in seiner Eröffnungsrede: Je schrecklicher der Krieg wird, desto mehr durchdringt Rußland sich mit dem festen unerschütterlichen Entschluß, den Streit zu einem guten Ende zu führen. Dieser Entschluß nun fordert die vollständige Einigkeit aller Bevölkerungsklassen und die weitgehendste Entwicklung aller schöpferischen Kräfte der Nation. Der Präsident forderte die Abgeordneten auf, der Regierung den Weg zu diesem Ziele anzugeben. Er entbot der tapferen russischen Armee Grüße, welche die wilden Angriffe des Feindes kräftig und unermüdblich abwehren, und begrüßte die diplomatischen Vertreter der befreundeten und verbündeten Staaten, welchen darauf alle Abgeordneten, die Minister und Zuhörer für mische Obationen bereiteten, die sich noch steigerten, als der Präsident im Namen des ganzen russischen Volkes dem neuen Verbündeten, dem italienischen Volke, dankte und von den polnischen Brüdern sprach, welche zuerst und schlimmster als die anderen Einwohner Rußlands die Schläge des grausamen Feindes zu spüren bekamen. Er schloß mit den Worten: Unsere Armee hat ein leuchtendes Beispiel gegeben, wie man die Pflicht gegen das Vaterland erfüllen soll. Es liegt jetzt an uns, Arbeiter wie alle Tage und Nacht, um dieser Armee alles zu gewähren, was sie nötig hat. Aber dazu bedarf es eines Gesinnungswechsels und sogar Änderungen in der augenblicklichen Verwaltung. Kämpfen wir bis zur vollständigen Vernichtung des Feindes! (Beifall.)

Englische Enttäuschungen.

London, 1. August. (B. B. Nichtamtlich.) Die „Times“ meldet aus Sydney: Die australischen Konstanten sind sehr enttäuscht über die mangelhaften Bemühungen der englischen Industriellen, den deutschen Handel in Australien an sich zu reißen. Es sei keine wirkliche Anstrengung bemerkbar gewesen. Der frühere deutsche Handel werde schnell und energisch von Amerikanern und Japanern in Besitz genommen.

Englische Schliche.

Kopenhagen, 1. Aug. (B. B. Nichtamtlich.) Der Grund, weshalb in der letzten Zeit so viele neutrale Schiffe aus Skandinavien mit Waren nach Deutschland verkehren, ist nach Ansicht der hiesigen Presse darin zu erblicken, daß England jetzt Kohlen an neutrale Schiffe nur gegen die

Verpflichtung ausliefert, Waren nach England zu bringen. Es liegt auf der Hand, daß England eigene Schiffe nicht der Gefahr aussetzen mag und dafür lieber neutrale Schiffe wählt. Es versteht sich, daß bei der Verletzung derartiger Schiffe Entschädigung in den neutralen Ländern hervorzurufen.

Italienische Truppen an den Dardanellen.

Bern, 2. Aug. Die Privatmeldungen aus Italien belegen, stehen in sämtlichen Hafenstädten, abgesehen vom Adriatischen Meere, bedeutende Truppenkontingente bereit, um im Verlaufe der Woche nach den Dardanellen befördert zu werden. Bereits Donnerstag und Freitag sei eine Anzahl Reiterregimenter, die an der österreichischen Front entbehrlich waren, nach Frankreich abgegangen.

Ein spanisches Riesenluftschiff?

Paris, 1. August. (B. B. Nichtamtlich.) „Don Republicain“ meldet aus Madrid: Ein neues, von dem spanischen Ingenieur Salas erbautes Riesenluftschiff wird demnächst mit 50 Passagieren von Barcelona nach Madrid fliegen. Salas beabsichtigt, in kurzem von Spanien nach Amerika zu fliegen.

Ein Bureau für gefälschte Kriegsdokumente.

Berlin, 1. August. (B. B. Nichtamtlich.) Schweizer Zeitungen berichten über die Verurteilung des Österreichers Saria und des Schweizer Eberhard, die seit Jahren ein eigenartiges einträgliches Geschäft in Zürich betrieben. Sie fabrizierten sogenannte geheime Dokumente, die die deutsch-österreichisch-ungarischen Kriegsvorbereitungen betrafen, z. B. graphische Eisenbahnschablonen, Zeichnungen von Befestigungen, Aufmarschpläne, Marineanlagen usw. Sie verkauften die oft ungeheuer angefertigten Sachen an Frankreich, Rußland, Italien und Belgien. Das Geschäft ging ausgezeichnet. In sechs bis sieben Jahren hatte die Firma Saria-Eberhard nachweislich eine Gesamteinnahme von fast 200 000 Franken. Soweit die Aufzeichnungen in den Geschäftsbüchern ergaben, waren die Hauptabnehmer Rußland, England und Frankreich, daneben standen als Kunden der Firma Belgien und Italien mit kleineren Summen.

Man muß sich wundern, daß Hochleute des heutigen Deutschland auf den plumpen Schwindel hereingefallen sind, nur weil die Herren Saria-Eberhard sagten, das Material stamme aus dem deutschen und österreichischen Generalstab.

Entwichene Gefangene.

Mainz, 2. Aug. (B. B. Nichtamtlich.) In Priesenheim bei Oppenheim sind vier russische Kriegsgefangene entwichen. Ihre Namen sind Pjotr Jemelch, Alexi Fuzhkin, Anton Dzhak, Sama Rimil. Vermutlich tragen alle vier Uniform, blaue Hose, Schürstiefel und Kistenschuhe.

Ein neues Erdbeben.

Stuttgart, 31. Juli. (B. B. Nichtamtlich.) Die Erdbebenwarte Hohenheim teilt mit: In der vergangenen Nacht wurde von der Hohenheimer Erdbebenwarte ein starkes Beben aufgezeichnet. Die Erdbebenentfernung betrug etwa 8500 Kilometer. Um 2 Uhr 43 Minuten 11 Sekunden trafen hier die ersten Wellenfronten ein. Die stärksten Wellenbewegungen erfolgten zwischen 3.15 und 3.30 Uhr.

Wiesbadener Theater.

Residenz-Theater.

Montag, 2. August, abends 7 Uhr: „Wenn der junge Wein blüht“. Dienstag, 3. August, abends 7 Uhr: Zum ersten Male: „Der Weineidbauer“. Mittwoch, 4. August, abends 7 Uhr: „Die erste Geige“. Donnerstag, 5. August, abends 7 Uhr: „Jugend“. Freitag, 6. August, abends 7 Uhr: „Wenn der junge Wein blüht“. Samstag, 7. August, abends 7 Uhr: Zum ersten Male: „Rometaden“. Sonntag, 8. August, abends 7 Uhr: „Der Weineidbauer“.

Bekanntmachung.

Betr. Erhöhung der Brotzotation für die körperlich schwer arbeitende Bevölkerung.

Auf Grund eines Mandates des Ministers des Innern vom 29. Juni 1915 — V. 12131 — werden mit Genehmigung des Herrn Regierungspräsidenten in Gegenwart aller Minister und des diplomatischen Korps eröffnet. Die Tribünen für die Zuhörer und die Presse waren überfüllt.

Zusatz zu § 3. Jeder über 12 Jahre alte Einwohner (ohne Unterschied des Geschlechts) mit einem eigenen Arbeitseinkommen bis zu 3000 Mark kann auf Antrag zusätzlich 50 Gramm Mehl für den Tag erhalten.

Zusatz zu § 4. Haushaltungen, welche für eines oder mehrere ihrer Mitglieder Anträge auf Zuweisung der in § 3. Absatz III vorgezeichneten zusätzlichen Mehlmenge gestellt haben, können bei der Ausgleichsstelle keine Anträge auf weitere Mengen stellen.

Ausführungsbestimmungen.

Zusatz zu § 4. Haushaltungen, welche zusätzliche Mehlmengen gemäß § 3. Absatz III erhalten, können keine Zahlungen für zurückgegebene Karten beanspruchen.

Zusatz zu § 6, II. Absatz. Die Zusatz-Mehlmenge gemäß § 3, Absatz II wird für 4 Wochen auf einmal ausgegeben und zwar in Form einer normalen Brot- und Mehlkarte für eine Woche, entsprechend einer Mehlmenge von 1350 Gramm.

Vom 2. August ab werden bis auf weiteres täglich in der Zeit von 9 bis 12½ und 3 bis 5 Uhr diesbezügliche Anträge unter Vorlage der Brotanweisungskarte und des Steuerzettels auf Zimmer 38 im Rathaus entgegengenommen.

Schriftliche Anträge können nicht berücksichtigt werden.

Wiesbaden, den 24. Juli 1915.

(W. 807)

Der Magistrat.

Gewerkschaftshaus Wiesbaden

Wellritzstr. 49. (Zentralherberge) Wellritzstr. 49.

Billige Speisen und Getränke.

Kegelbahn und angenehme Aufenthaltsräume. Es ist sich allen Freunden sowie auswärtigen Gewerkschaften und Vereinen bei Ausflügen bestens empfohlen.